

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Karl NEHAMMER

Bundesminister für Inneres

Dr. Magnus BRUNNER, LL.M.

**Staatssekretär im Bundesministerium für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie**

Markus ACHLEITNER

Wirtschafts- und Energie-Landesrat

am

20. Juli 2021

zum Thema

**Bereit für den Ernstfall: Blackout-Vorsorge
gerade für Standort OÖ entscheidend**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Rückfragen-Kontakt:

Mag. Markus Haindl, Presse BM Nehammer, Tel. 01 53126 901021

Michael Ulrich, MSc, Presse StS Brunner, Tel. 0650 6807609

Michael Herb, MSc, Presse LR Achleitner, Tel. 0664/6007215103

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus ACHLEITNER: Ausbau der Stromnetze ein zentraler Beitrag zur Blackout-Vorsorge

„Für Oberösterreich als das Wirtschafts- und Industriebundesland Nr. 1 der Republik ist eine sichere Energieversorgung ein besonders entscheidender Standortfaktor. Mit einem Wegfall der Stromversorgung fallen alle elektrischen Systeme aus. Die Auswirkungen eines Blackouts wären damit für jeden einzelnen spürbar, vor allem aber auch für die Wirtschaft: In den Betrieben wird die Produktion abrupt unterbrochen, Prozesse bleiben stehen und können nicht beendet werden. Schätzungen zufolge würde der volkswirtschaftliche Schaden eines Stromausfalls in ganz Österreich pro Tag zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden Euro betragen. Alleine auf Oberösterreich würden davon 240 bis 300 Mio. Euro Schaden entfallen, allfällige Schäden bei Produktionsanlagen sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Daher wird der Blackout-Vorsorge in Oberösterreich besonderer Stellenwert eingeräumt. Heute befasst sich der Landes-Energielenkungsbeirat mit diesem Thema, wobei Innenminister Karl Nehammer und Staatssekretär Magnus Brunner hier auch die Aktivitäten des Bundes einbringen werden. Damit Oberösterreich gegen einen Blackout entsprechend gerüstet ist, braucht es das Zusammenwirken nicht nur der Energieerzeuger und Netzbetreiber, sondern auch der Bundes- und Landespolitik“, betont Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner in seiner Funktion als Vorsitzender des Landes-Energielenkungsbeirates.

Bereits heute Vormittag hat ein Lokalaugenschein von Wirtschafts- und Energie-Landesrat Achleitner mit Bundesminister Nehammer und Staatssekretär Brunner im Netzführungszentrum der Netz Oberösterreich in Linz stattgefunden: „Dem Netzführungszentrum der Netz Oberösterreich kommt bei einem Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem

Blackout eine wichtige Rolle zu, es hat sich gezeigt, dass das Personal dort darauf bestens vorbereitet ist“, erklärt Landesrat Achleitner.

Europa zu Jahresanfang nur knapp an flächendeckendem Stromausfall vorbeigeschrammt

Von einem Blackout spricht man, wenn die Stromversorgung großflächig ausfällt, also über Bundesländer- und nationale Grenzen hinweg. *„Wie aktuell das Thema ist, hat sich am 8. Jänner dieses Jahres gezeigt, als eine Netzüberlastung in Südosteuropa mit automatisiertem Abschaltprozess zu fehlender Leistung im zentraleuropäischen Stromnetz geführt hat und Europa dadurch nur knapp an einem flächendeckenden Stromausfall vorbeigeschrammt ist. Durch die europaweit etablierten Schutzmechanismen und die Zusammenarbeit der Netzbetreiber konnte der Normalbetrieb für ganz Europa wieder rasch hergestellt werden“*, erklärt Landesrat Achleitner.

Wie erfolgt der Wiederaufbau der Stromversorgung?

- Bei einem Blackout wird das erste Lagebild von den Übertragungsnetzbetreibern, also den Betreibern des europäischen 380-kV- und 220-kV-Verbundnetzes, erstellt. Die Verteilernetzbetreiber, wie die Netz Oberösterreich GmbH als Betreiber eines großen Teiles des Stromnetzes in Oberösterreich, stehen dazu mit der Austria Power Grid AG (APG) in Verbindung.
- Zur Bewältigung werden die Netzbetreiber zum Vorgehen nach dem vorbereiteten „Konzept zum koordinierten Netzwiederaufbau in Oberösterreich“ aufgerufen.
- Das Netzführungszentrum der Netz OÖ informiert die Landeswarnzentrale, damit besteht Verbindung zu den verantwortlichen Behörden.
- In Oberösterreich wird das Netz nach genau festgelegtem Schaltschema in fünf Teilnetzbereiche getrennt.
- In diesen Teilnetzen wird mit „schwarzstartfähigen“ Kraftwerken die Stromversorgung wieder aufgebaut. „Schwarzstartfähig“ heißt, dass sie

ohne Zusatzenergie wieder mit der Stromerzeugung beginnen und erste Versorgungsinseln innerhalb der Teilnetzbereiche aufbauen können. Diese Kraftwerke liefern auch jene Energie, die zum Anfahren weiterer Kraftwerke, wie zum Beispiel des Gas- und Dampf-Kraftwerks in Timelkam, und der Gasspeicher notwendig ist. Schwarzstartfähig sind insgesamt 19 Wasserkraftwerke der Energie AG, darunter auch die Kraftwerke Traun-Pucking und Partenstein.

- Österreich und der Schweiz kommen bei einem Blackout in Europa besondere Rollen zu: Ausgehend von den Pumpspeicherkraftwerken in den Alpen wird das gesamte Übertragungsnetz in Europa wieder bespannt. Die Herausforderung liegt dann beim Synchronisieren (d.h. Zusammenschließen) der einzelnen Versorgungsinseln rund um die wieder laufenden Kraftwerke zum europäischen Verbundnetz.

Strom sollte in den meisten Fällen relativ zeitnah wieder zur Verfügung stehen. Wesentlich aufwändiger wird aber die Wiederinbetriebnahme der Versorgungs- und Produktionssysteme sein. Hier wird der Fokus vor allem auf der Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Gebrauchs liegen, erst in einem zweiten Schritt werden die verschiedenen Produktionen wieder hochgefahren. Problematisch können durch den Stromausfall verursachte Unterbrechungen in den Lieferketten sein, deren Re-Synchronisierung Experten zufolge durchaus Tage oder gar Wochen in Anspruch nehmen kann.

„Aufgrund dieser Herausforderungen kommt der Prävention eine entscheidende Bedeutung zu. Neben der Bereitstellung von Kraftwerksreserven ist zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit vor allem auch der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze wichtig. Dieser Ausbau der Stromnetze ist vor allem auch im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung, weil es bei erneuerbaren Energien im Gegensatz zur konventionellen Energieerzeugung keine ‚Momentan-Reserven‘ gibt, die kurzfristig eingesetzt werden können“, unterstreicht Landesrat Achleitner.

OÖ. Stromnetzmasterplan als wichtiges Instrument für Sicherung der Stromversorgung

„Mit dem OÖ. Stromnetzmasterplan haben wir ein wichtiges Instrument für die Sicherung der Stromversorgung in Oberösterreich geschaffen. Das ist eine oberösterreichweite Ergänzung zum Gesamt-österreichischen Netzentwicklungsplan (NEP) der Austrian Power Grid AG (APG). Kein anderes Bundesland hat eine mit dem OÖ. Stromnetzmasterplan vergleichbare Planungsgrundlage“, erläutert Landesrat Achleitner:

- 2018 wurde eine aktuelle Fassung des OÖ. Stromnetzmasterplans mit einem Ausblick bis 2028 erstellt und von der Oö. Landesregierung zur Kenntnis genommen.
- Der OÖ. Stromnetzmasterplan listet in der aktuellen Fassung 34 Leitung- und Umspannwerksprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1 Mrd. Euro in Oberösterreich auf.
- Das Top-Projekt ist das Projekt "Zentralraum Oberösterreich", welches die Voraussetzung für die weiteren Dekarbonisierungsschritte der voestalpine ist. Aktuell wird die UVP-Einreichung vorbereitet.
- Zur Umsetzungsbegleitung der konkreten Leitungsprojekte hat das Land OÖ einen Trassenfindungsleitfaden für Hochspannungsprojekte ab 110 kV erarbeitet. Dieser wurde bei der Auswahl für die Trasse der Mühlviertelleitung (Verbindung von Rainbach nach Rohrbach) im Jahr 2018 und 2019 mit insgesamt fünf Regionskonferenzen erstmals angewendet. Damit wurde die Trassenauswahl sehr transparent erarbeitet.

„Neben dem Hochspannungsinfrastrukturausbau ist aber auch auf der Mittelspannungsebene im Verteilnetz der Netzausbau massiv voranzutreiben. Oberösterreich hat sich massiv für eine Deregulierung auf Bundesebene eingesetzt. Erfreulicherweise sind im Erneuerbaren-Ausbau Gesetzespaket (EAG-Paket) 2021 im Starkstromwegegesetz die Kabelleitungen bis 45 kV inklusive der Kabelauf- und -abführungen sowie

dazugehörige Freileitungstragwerke genehmigungsfrei gestellt worden. Das bedeutet eine massive Vereinfachung und notwendige Beschleunigung des Stromnetzausbaus“, hebt Landesrat Achleitner hervor.

„Es ist erfreulich, dass bei der Blackout-Vorsorge Bund und Land OÖ an einem Strang ziehen, wie etwa die Teilnahme von Bundesminister Nehammer und Staatssekretär Brunner am heutigen Landes-Energielenkungsbeirat zeigt. Darüber hinaus braucht es vor allem im Hinblick auf die Transformation der Energieerzeugung in Richtung Klimaneutralität einen raschen und koordinierten Ausbau der Energie-Infrastruktur, auch unter Einbindung der Potenziale der heimischen Betriebe, etwa bei Speicherung und Erzeugung. Es kommt aber auch auf die Mitwirkung jeder und jedes Einzelnen bei der Vorbereitung auf einen Ernstfall an. Welche Auswirkungen ein Blackout nicht nur für den Standort, sondern für jeden einzelnen von uns hat, zeigen unter anderem die Informationen der Netz Oberösterreich GmbH unter www.netzooe.at/blackout“, hebt Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner hervor.

Karl NEHAMMER, Bundesminister für Inneres: Zusammenarbeit mit den Ländern und den Energieversorgern ist ein Gebot der Stunde

"Blackout-Vorsorge muss in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz getroffen werden. Die Zusammenarbeit mit den Ländern und den Energieversorgern ist daher ein Gebot der Stunde", betont Innenminister Karl Nehammer. Das Innenministerium verfolgt zum Thema Blackout eine umfassende Strategie - eine Strategie die sowohl internen, als auch externen Bedarf bedient. Drei Ebenen sind daher für das Innenministerium von Bedeutung:

- Innerhalb des BM.I durch ein Risiko- und Sicherheitsmanagement für die internen Dienststellen
- Mit den Akteuren des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) in einem gesamtstaatlichen Ansatz, um für behördenübergreifende Einsätze gerüstet zu sein
- Für die Menschen in unserem Land – gemeinsam mit dem Zivilschutzverband, der einer der wichtigsten Akteure ist, um die Menschen in diesem Land zu sensibilisieren

Polizei - Stromversorgung im eigenen Bereich

„Die Polizei geht mit gutem Beispiel voran: Die autarke Versorgung der Polizei gehört zu den großen Herausforderungen. Ich habe daher gemeinsam mit Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und Austrian Real Estate (ARE) den Auftrag gegeben, den Einsatz von Photovoltaikanlagen zu prüfen“, so Innenminister Nehammer. Die Bundesimmobiliengesellschaft und die Austrian Real Estate werden diese Anlagen bauen und Polizeidienststellen damit ausstatten:

- Das Einsatztrainingszentrum Sattledt wird bereits mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.

- In einem ersten Schritt werden in bis zu 100 Dienststellen in Österreich Photovoltaikanlagen (mit Akku) montiert werden.
- Vordringlich werden dies Dienststellen wie Landespolizeidirektionen und Sonderdienststellen sein (zB Landeskriminalämter, Diensthunde-Inspektionen usw.)
- Polizeiinspektionen in den Bundesländern werden dann folgen.

„Ziel muss es sein, auch Polizeiinspektionen nachhaltig und autark mit Energie zu versorgen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, die Energieversorgung der Einsatzorganisationen, zu denen auch die Polizei gehört, sicherzustellen. Die Polizei setzt daher in Zukunft auf alternative Energieerzeugung wie Photovoltaikanlagen und geht so mit gutem Beispiel voran“, erklärt Innenminister Nehammer.

Dr. Magnus BRUNNER, LL.M., Staatssekretär:
**Ambitionierte Klimaziele erreichen und trotzdem die
Versorgungssicherheit garantieren**

„Wir dürfen die Gefahr eines Blackouts nicht unterschätzen. Anfang Jänner sind wir in Europa nur knapp daran vorbeigeschrammt. Das wäre eine immense Katastrophe gewesen, denn wir sind Versorgungssicherheit gewohnt. Wirtschaft und Gesellschaft hängen davon ab, dass jederzeit ausreichend Strom fließt – und die Systeme dahinter sicher und funktionsfähig sind“, erklärt Staatssekretär Magnus Brunner im Hinblick auf den Besuch des Netzführungszentrums der Netz Oberösterreich GmbH. Klimaschutz und Versorgungssicherheit müssen Hand in Hand gehen: **„Zudem ist Klimaschutz, wenn er richtig angegangen wird, eine Riesenchance für unsere Wirtschaft“,** so Staatssekretär Brunner.

In Zahlen gemessen bedeutet ein großflächiger Stromausfall in Österreich Kosten von rund 1,2 Milliarden Euro pro Tag. Zum Vergleich: laut WKO kostet ein Lockdown 1,7 Milliarden Euro – allerdings pro Woche.

„Meine Aufgabe als Staatssekretär im Klima- und Energie-Ministerium ist klar: Wir müssen die ambitionierten Klimaziele erreichen – aber dabei trotzdem die Versorgungssicherheit garantieren. Denn es stellt sich die Frage: Gefährden der Green Deal und die Energiewende unsere Versorgungssicherheit im Energiebereich? Die schnelle Antwort darauf ist: kommt drauf an, wie intelligent wir die Energiewende angehen, wie praxistauglich, wie innovativ, wie gesamthaft und mit welchen Maßnahmen“, hebt Staatssekretär Brunner hervor.

„Klar ist, wir haben uns als Bundesregierung sehr ambitionierte Klima- und Energieziele gesteckt. Wir wollen 2040 klimaneutral sein – zehn Jahre vor der EU. Und wir wollen bereits 2030 100 Prozent erneuerbaren Strom

haben. Für beide Ziele müssen wir erneuerbare Energieträger massiv ausbauen. In Wahrheit brauchen wir jede Kilowattstunde, die wir bekommen können“, betont Staatssekretär Brunner. Das kürzlich beschlossene Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz EAG ist dafür ein riesiges Investitionspaket für und in die heimische Wirtschaft. Der Bund investiert 1 Mrd. Euro pro Jahr für die nächsten zehn Jahre – und löst damit ein Investitionsvolumen von 30 Mrd. Euro aus. *„Wir haben im EAG sichergestellt, dass Wasserkraft weiter ausgebaut werden kann. Das EAG bringt wichtige Erleichterungen für Pumpspeicher, die von Netzkosten befreit werden, um den wirtschaftlichen Betrieb sicherzustellen. Das ist für Oberösterreich natürlich besonders relevant“,* erläutert Brunner.

„Ich stehe für eine intelligente Klima- und Energiepolitik. Um unsere Ziele zu erreichen – und jene Maßnahmen auf den Boden zu bringen, die Klimaschutz und Versorgungssicherheit vereinen – braucht es aus meiner Sicht drei Dinge: Investitionen, Innovation und Zusammenarbeit. Denn Klimaschutz, wenn er richtig angegangen wird, ist eine Riesenchance für unsere Wirtschaft. Für mich ist klar: Wir brauchen pragmatische, intelligente und umsetzbare Maßnahmen – mit der Wirtschaft und der Bevölkerung – und da und dort vielleicht ein wenig mehr an Realismus und Praxisnähe. So kann Österreich seine ambitionierten Klimaziele erreichen und die Versorgungssicherheit garantieren“, unterstreicht Staatssekretär Magnus Brunner.